



Fotos: Tennet, dba

Das ist erst der Anfang: Käme die Südlink-Trasse teilweise unter die Erde, wären gewaltige Arbeiten nötig – wesentlich umfangreicher als hier für das Wind-Projekt „BorWin2“ in Ostfriesland. Die neuen Erdkabeltrassen wären bis zu 40 Meter breit.

„Alle Karten auf den Tisch“

Region Hannover und fünf Landkreise drohen Südlink-Planern mit Klage

VON BERND HAASE

HANNOVER. Die Region Hannover sowie fünf Landkreise aus Niedersachsen, Hessen und Nordrhein-Westfalen wollen erreichen, dass der Stromnetzbetreiber Tennet noch vor der Sommerpause sämtliche Alternativrouten für die unter dem Namen Südlink bekannte Stromautobahn von Nord- nach Süddeutschland vorlegt. „Wir haben Zweifel, dass die letztlich ausgewählte Route wirklich unter allen Gesichtspunkten die geeignetste ist“, sagt Tjark Bartels (SPD), Landrat des Kreises Hameln-Pyrmont. Sollte Tennet nicht reagieren, werde man auf Herausgabe der Unterlagen klagen. Das Unternehmen weigert sich.

Im Verfahren hatte Tennet mehrere Korridore geprüft und sich am Ende für die Route entschieden, die von Norden kommend an Verden, Walsrode, Burgwedel und am östlichen Rand des Stadtgebietes von Hannover vorbeiläuft. Dann knickt sie leicht nach Westen ab und führt durch das Weserbergland bis zum Knüllwald im Norden Hessens; von dort aus geht es weiter nach Bayern. Nur diese Variante wird weiter verfolgt. Die verworfenen Alternativen sind in Grundzügen bekannt. Eine westliche wäre über Bielefeld gelaufen, eine östliche über Uelzen, Wolfsburg und Sangerhausen am Ostharz. Beide hätten also weder die Region Hannover noch die anderen Landkreise, die jetzt möglicherweise klagen wollen, betroffen. Begründet hat Tennet dies mit Umweltgesichtspunkten und mathematischen Erwägungen – dies ist die kürzeste Variante.

Die Region Hannover und die Landkreise wollen sich damit nicht abfinden. „Es gibt keine Details und keine Transparenz. Genau die wird aber von uns gefordert, weil wir Daten über Raumord-

nung, Natur und Umwelt liefern sollen. Wir sagen: gleiche Regeln für alle“, sagt Bartels. Der Landrat sorgt sich wie auch seine hessischen Kollegen, dass die riesigen Masten der Überlandleitung das Weserbergland verschandeln und damit Tourismus und Naherholung schaden könnten. Den grundsätzlichen Bedarf an der Stromautobahn stellt er jedoch ebenso wenig infrage wie die Vertreter der anderen Kommunen.

Rein rechtlich muss Tennet die genauen Gründe für die Auswahl der favorisierten Trasse erst mit Beginn des formellen Antragsverfahrens vorlegen, der ursprünglich für Juni geplant war und nun nach hinten verlegt wurde. „Vorher werden wir dies nicht tun“, sagt Sprecherin Ulrike Hörchens. Sie verweist auf die 22 Informationsveranstaltungen für Bürger und Politiker, die der Stromnetzbetreiber durchgeführt hat und bei denen 2200 Hinweise und Vorschläge auch zu

Alternativstrecken eingegangen sind. Man werde sämtliche Vorschläge prüfen und die Ergebnisse im Sommer auf Bürgerveranstaltungen vorstellen. Erst dann sei die Bürgerbeteiligung abgeschlossen.

Das kommunale Bündnis hat inzwischen die Berliner Anwälte Stefan de Witt und Peter Durinke eingeschaltet. „Wenn das offizielle Verfahren beginnt, haben die Kommunen nur zwei Monate Zeit für ihre Stellungnahme. Das ist viel zu kurz“, erläutert de Witt. Andererseits mag der Anwalt nicht glauben, dass der Zeitplan zu halten ist, der einen Baubeginn im Jahr 2018 für die 600 Kilometer lange Trasse vorsieht und eine Fertigstellung vier Jahre später. „Im Verfahren müssen Auswirkungen auf geschützte Tiere und Pflanzen untersucht werden. Bei der Streckenlänge müssen sie, allein um die Daten zu erhalten, sämtliche Kartierungsexperten Europas zusammenschicken“, sagt de Witt.



600 Kilometer lang: Die geplante Stromautobahn nach Süddeutschland.

Die Option Erdkabel

Die Akzeptanz unter den Bürgern wäre mit Sicherheit größer, wenn die Leitungen als Erdkabel verlegt würden. Dies allerdings ist nach Angaben von Armazari Soetarto, Sprecherin der für Aufsicht und Planung zuständigen Bundesnetzagentur, in Deutschland für Stromtrassen dieser Größenordnung noch nie gemacht worden und vom Gesetzgeber prinzipiell nicht vorgesehen. „Es gibt aber für die Trasse Südlink eine Option, zumindest Abschnitte unter die Erde zu legen“, erklärt sie.

Im Bundesgebiet liegen als sogenannte Höchstspannungsleitungen bisher lediglich Offshore-Leitungen unter der Erde, deren Anschlüsse an Land sind, so-

wie eine sieben Kilometer lange Trasse in Berlin. „Es handelt sich um 380-Kilovolt-Leitungen. Südlink hat 500 Kilovolt“, sagt Soetarto. Für derartige Kaliber kann man nicht einen Graben ausheben, die Kabel hineinlegen und ihn wieder zuschütten. Die Trassenbreite für die Verlegung beträgt bis zu 40 Meter. Die Gräben müssen mindestens zwei Meter tief sein. Sind die Kabel unter der Erde, kann man die Flächen wieder landwirtschaftlich nutzen oder bepflanzen – allerdings nicht mit Bäumen, wegen der Wurzeln. Soetarto macht darauf aufmerksam, dass auch für Erdkabel Abstandsregelungen zur Bebauung gelten und dass Auswirkungen wie etwa Strahlenbelastung noch nicht

eingehend untersucht worden sind. „Wir wissen, dass sich der Boden erwärmt. Da möchte man nicht drauf sitzen“, erklärt die Sprecherin.

Für Stromnetzbetreiber wie Tennet sind es vor allem Kostengründe, die sie vor der Erdverkabelung zurückschrecken lassen. Die Kosten für den Bau von Südlink als Freileitung werden bisher auf einen niedrigen einstelligen Milliardenbetrag taxiert, bei unterirdischem Verlauf wären es bis zu viermal so viel. Das liegt am Bau selbst, aber auch an der aufwendigeren Wartung und Reparatur sowie daran, dass jeweils dort, wo Erdkabel und Freileitungen aufeinandertreffen, Übergabestationen gebaut werden müssen. se